

Antrag

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

zu Drs. 21/3489

Betr.: Städtisches Engagement fördern – Sportzentrum des HT16 und restliche Bauvorhaben ohne Verkauf öffentlicher Grundstücke realisieren!

Die Sanierung der Hamburger Sportstätten ist dringend nötig. Noch immer besteht ein erheblicher Sanierungsstau im Bereich des infrastrukturellen Sports, Turnhallen und Plätze sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. In der Dekadenstrategie Sport hatte der Senat es sich zum Ziel gesetzt, Sportstätten nachhaltig und inklusiv zu entwickeln.

Mit der Drs. 21/3489 hat der Senat ein Konzept für den Bau eines Sportzentrums im Stadtteil Hamm/Borgfelde vorgelegt, der eine grundsätzlich sinnvolle Verknüpfung von Sport mit Wohnungsbau, Kindertagesbetreuung sowie einer Etablierung von Kultureinrichtungen verknüpft. Neben dem Schulsport würde vom dringend benötigten Sportzentrum insbesondere auch die Hamburger Turnerschaft von 1816 profitieren, die seit Jahren gute Arbeit leistet.

Gleichzeitig verkleinert sich die Anzahl der städtischen Flächen. In der vorliegenden Drucksache ist neben der Privatisierung der Fläche zudem vorgesehen, der privaten Vermögensverwaltungsgesellschaft Roggenbuck als Gegenleistung 4,2 Millionen Euro des Kaufpreises zu erlassen. Damit wird auf ein Modell gesetzt, bei dem die Stadt und damit die Hamburger Steuerzahler/-innen ohne nachvollziehbaren Grund auf eine Fläche und Einnahmen verzichten. Ein alternatives Modell, das zum Beispiel ein verstärktes Engagement der Stadt im Zusammenhang mit der Verlängerung des Erbbaurechtes vorsieht, wäre eine mögliche Alternative.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, das in der Drs. 21/3489 vorgesehene Bauprojekt ohne den Verkauf öffentlicher Grundstücke zu realisieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die finanziellen Belastungen für den HT16 und den Hamburger Sportbund (HSB) bei der Gesamtfinanzierung nicht über die in der Drucksache angegebenen Beträge hinausgehen.
2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft bis zum 30.06.2016 alternative Modelle vorzulegen, die die Realisierung des Bauprojektes durch öffentliche Träger vorsehen, beispielsweise durch die Sprinkenhof AG und/oder SAGA GWG.